

cuba

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.

report

Ausgabe 4 | 2006



Kubas bekanntestem Journalisten Reise nach Weimar verboten

"Das Bild eines Rollstuhlfahrers schädigt die kubanische Revolution."

Dr. Farinas: Ich hatte mit dem Reiseverbot gerechnet

Kubas bekanntester Journalist Dr. Guillermo Farinas Hernández erhält vom kubanischen Staat keine Genehmigung nach Deutschland zu reisen, um den Menschenrechtspreis 2006 der Stadt Weimar persönlich entgegenzunehmen. Die IGFM hatte eine solche Entscheidung des kubanischen Staates befürchtet. In der Vergangenheit war es bereits Oswaldo Paya und den "Damen in Weiß" untersagt worden, zur Entgegennahme des Sacharow Preises des Europäischen Parlamentes nach Straßburg zu reisen.

Jetzt hoffen die Weimarer Organisatoren des Menschenrechtspreises, dass wenigstens Farinas Mutter nach Thüringen reisen und den Preis stellvertretend für ihren Sohn in Empfang nehmen kann. Nach den Erfahrungen der IGFM ist aber auch dies äusserst fragwürdig. Zahlreiche internationale Gäste und Menschenrechtsaktivisten haben ihr Kommen bereits in Weimar angekündigt.

Die Nachricht über das Ausreiseverbot wurde dem Menschenrechtsaktivisten am 12. November 2006 in Santa Clara von einem Offizier der Staatssicherheit, Major Vladimir Méndez Mauad, persönlich überbracht. Der Stasi-Major teilte Dr. Farinas in seiner Privatwohnung mit, dass er aufhören solle, seine Einreise nach Deutschland vorzubereiten. Er lasse ihn nicht ausreisen, da das Bild eines Rollstuhlfahrers das Ansehen der "Revolution" schädige.

IGFM Aktivist Alexander Bauersfeld besuchte Dr. Farinas kurze Zeit nach Bekanntwerden des Reiseverbotes. Bauersfeld erlebte einen schwerkranken tapferen Bürgerrechtler, dessen Moral nicht gebrochen ist. Farinas war nicht überrascht, dass der kubanische Staat seine Ausreise verbietet.

Dr. Farinas dankte für das Engagement der IGFM und der Freunde in Deutschland. Er will sich weiterhin mit ganzer Kraft für die Meinungsfreiheit aller Kubaner und für die Demokratie in seinem Land einsetzen. Auch deutsche Journalisten, die von der IGFM informiert waren, suchten Dr. Farinas in seinem Haus auf.



Guillermo Farinas am 14. November 2006 in seinem Haus in Santa Clara.

Bild: IGFM/Bauersfeld



Dr. Guillermo Farinas mit seiner Mutter Alicia Hernandez.
Foto: IGFM/Bauersfeld

Mutiger Einsatz für Meinungs- und Informationsfreiheit

Der unabhängige Journalist Dr. Farinas ist Gründer und Direktor der staatsunabhängigen Presseagentur Cubanacán. Er setzt sich bereits seit zwölf Jahren durch zum Teil spektakuläre Aktionen für die Meinungsfreiheit der Kubaner ein. Dr. Farinas wurde von der Stadt Weimar für seine intensive pro-demokratische Arbeit zum Träger des Menschenrechtspreises 2006 ernannt.

Farinas Hungerstreik von Februar bis August dieses Jahres für den freien Zugang aller Kubaner zum Internet und damit das Recht aller Menschen auf freie Information erregte weltweites Aufsehen.

Zum Hungerstreik hatte sich der Journalist entschieden, als die Regierung den Internetzugang seiner Presseagentur kappte, in der 15 Journalisten über Ereignisse auf Kuba berichten, die von den staatlichen Medien verschwiegen werden. Die IGFM und zahlreiche Bürgerrechtler hatten Farinas um die Beendigung seines Hungerstreiks gebeten. Ein Aufrechterhalten des Hungerstreiks trotz seines besorgniserregenden Gesundheitszustandes hätte für ihn den Tod bedeuten können. Zu Ehren von Dr. Farinas veranstaltet die IGFM am 10. Dezember in Weimar ein Symposium über Meinungs- und Pressefreiheit in Kuba.



Kuba Symposion der IGFM

Menschenrechte für alle Kubaner

Die 1503 Beschwerde der IGFM

Informations- und Meinungsfreiheit für alle Kubaner - Symposion für Journalisten und Menschenrechtsaktivisten der IGFM Cuba Working Group

Weimar, 10. Dezember 2006

Beginn: 15.00 Uhr, Ende: ca. 17.15 Uhr

Ort: Hotel Elephant, Markt 19, Weimar 99423

15.00 Uhr Martin Lessenthin:

"Die IGFM-Arbeit für Menschenrechte in Kuba"

10.10 Uhr

Dr. Pedro Roig:

"Rundfunk gegen die Zensur"

15.30 Uhr

Symposion:

Meinungsfreiheit und Menschenrechte für alle Kubaner

Teilnehmer: Luis Zuniga (22 Jahre lang politischer Gefangener in Kuba), Dr. Christoph Victor, Vorsitzender des Vergabebeirates "Menschenrechtspreis der Stadt Weimar", Jorge Garcia Vasquez, ehemaliger politischer Gefangener, Prof. Menno Aden, Professor für Wirtschaft und Mitautor der IGFM-Klage gegen Kuba beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, Christina Wagner, Rechtsanwältin und Autorin der IGFM-Klage gegen Kuba, Helena Mühe, Organisatorin des Menschenrechtspreises der Stadt Weimar, Maria E. Morejon, Menschenrechtsaktivistin und Sprecherin exilierter Kubaner in Deutschland, Oswaldo Alfonso, Gefangener aus der Gruppe der 75, Alexander Bauersfeld, Menschenrechtsaktivist und ehemaliger politischer Gefangener der DDR, Dr. Pedro Roig, Director Office of Cuba Broadcasting, Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM

17.00 Uhr Schlussworte:

Luis Zuniga

und Martin Lessenthin

IGFM verklagt Kuba vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Militärdiktatur und Polizeistaat: Andersdenkende werden systematisch verfolgt - Kubas Gesetze stehen im Gegensatz zu internationalen Standards

Die IGFM hat dem Menschenrechtsrat in Genf eine Klageschrift gegen die Republik Kuba vorgelegt. Die in Frankfurt ansässige Menschenrechtsorganisation rügt in ihrer Beschwerde auf Basis der UN-Resolution 1503 die den Menschenrechten und UN-Prinzipien widersprechende kubanische Gesetzgebung, willkürliche Verhaftungen, Folter und unfaire Schnellprozesse gegen Bürgerrechtler und regimekritische Journalisten. Das von den Castro-Brüdern seit 48 Jahren diktatorisch regierte Kuba ist Mitglied dieses 2006 neu geschaffenen UN-Gremiums, das die Menschenrechtskommission abgelöst hat.

Bisher ist gegen Kuba keine Beschwerde auf Basis des 1503-Verfahrens verhandelt worden. Nach Auffassung der IGFM, die sich seit 1977 für politische Gefangene auf der Karibikinsel einsetzt, werden in Kuba die Menschenrechte systematisch und beharrlich verletzt. Die Menschenrechtsorganisation hat eine Datenbank aufgebaut, in der 304 aktuelle Schicksale von politischen Gefangenen dokumentiert sind. Wörtlich heißt es in einer von der IGFM am 30. November 2006 in Berlin und Genf veröffentlichten Erklärung:

Systematische Verletzung der Menschenrechte

"Mit dieser Beschwerde, mit der wir die schwere und systematische Verletzung von fundamentalen Menschenrechten vonseiten der kubanischen Regierung rügen, beantragt die IGFM die Einleitung des 1503-Menschenrechtsverfahrens vor dem Menschenrechtsrat. Die Beschwerde konzentriert sich insbesondere auf die im März 2003 verhafteten Dissidenten, die kaum einen Monat später zu Haftstrafen von bis zu 28 Jahren verurteilt wurden. Dies dokumentieren wir anhand der übermittelten 22 Fälle und mit entsprechenden Beweisdokumenten.

Namentlich rügen wir die Verletzung der Meinungsfreiheit, der Presse- und Informationsfreiheit, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, des Rechts auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren, Verstöße gegen das Verbot von Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen sowie Verstöße gegen die Regeln von Mindeststandards für die Behandlung von Gefangenen.



Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Günter Nooke (rechts, neben IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin mit einem Exemplar des Beschwerde-Schriftsatzes) möchte, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre EU-Präsidentschaft auch dahingehend nutzt, die Botschaften zu gewinnen, den oppositionellen kubanischen Demokraten Rückhalt zu gewähren. So sollten die Botschaften in regelmäßigen Einladungen und Kontakten die Repräsentanten der kubanischen Demokratiebewegung ansprechen und zu feierlichen Anlässen einladen, wie z. B. Nationalfeiertagen, die von den Botschaften begangen würden.

Wir rügen das Gesetz Nr. 88 und Artikel 91 des kubanischen Strafgesetzbuches, die beide Rechtsgrundlage sowohl für die Verhaftungen und die Verurteilungen politischer Gefangener waren und sind. Gesetz Nr. 88 besteht aus relativ vage gehaltenen Vorschriften, die einen weiten Beurteilungsspielraum zur Verurteilung nach diesem Gesetz zur Verfügung stellen. Artikel 91 des kubanischen Strafgesetzbuches sieht Gefängnisstrafen für diejenigen vor, die gegen die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität verstoßen - eine Vorschrift, die ähnlich vage ist wie die des Gesetzes Nr. 88 und Gefängnisstrafen von bis zu zwanzig Jahren oder Todesstrafe vorsieht. Solche Vorschriften verstoßen nicht nur gegen das Prinzip auf



Linkes Bild: Teilnehmer der Pressekonferenz zur 1503-Beschwerde der IGFM gegen Kuba am 30. November in Berlin. Das Podium während der Pressekonferenz. Rechtes Bild von links: Alexander Bauersfeld, Elizabeth Trelles Alvarez, Prof. Menno Aden, Martin Lessenthin, Blanca Gonzales, Maria Elena Morejon.

ein faires und rechtsstaatliches Verfahren, sondern öffnen Tür und Tor für willkürliche Verhaftungen; diese stehen klar im Gegensatz zu den von der UN erarbeiteten Standards gegen willkürliche Verhaftung. Nicht zuletzt stellt internationales Recht klar, dass die Meinungsfreiheit nur aufgrund genau gesetzlich definierter Bestimmungen und nur in Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf.

Verstoß gegen Folterverbot

Darüber hinaus sehen wir auch in der Verhängung der hohen Haftstrafen einen Verstoß gegen das Folterverbot

und halten die unmenschlichen Haftbedingungen, die einhergehen mit massiven körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen für einen Verstoß gegen internationale Standards.

Der kubanische Staat als Mitglied der Weltgemeinschaft hat sich an die von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu halten und wir hoffen, im Wege dieser Beschwerde eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in Kuba und eine Öffnung hin zu mehr Demokratie zu erreichen."

Wegen angeblicher Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen seit 1994 im Gefängnis

Ehefrau von Francisco Chaviano González fordert medizinische Versorgung und eine neue Verhandlung für ihren seit 12 Jahren inhaftierten Mann

Wir dokumentieren den Brief von Ana Aguililla Saladrigas, der Ehefrau des politischen Gefangenen Francisco Chaviano González.

"Als mein Ehemann Francisco im Jahr 1994 verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, gab es eine große Solidarität zu seinen Gunsten. Ich hätte es damals nie für möglich gehalten, dass sich seine Haft so in die Länge ziehen würde.

Chaviano wurde wegen "Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen" verurteilt, aber alle die ihn kennen wissen, dass der tatsächliche Grund seine Tätigkeit in einer Gruppe war, die sich für die Menschenrechte in Kuba eingesetzt hatte.

Der lange Gefängnisaufenthalt hat seine Gesundheit schwer geschädigt, hat Tumore in der Lunge als Folge und seit kurzem ein Herzleiden mit einer zu 70 Prozent verstopften Arterie. Seine

Lunge müsste operativ behandelt werden, ein Eingriff, für den wir wollen, dass er in Freiheit durchgeführt wird.

Laut gültigem Strafgesetzbuch sollte mein Mann bedingungslos in Freiheit sein. Wir wenden uns daher an all die Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen, mit dem Wunsch, sie auf unser Anliegen aufmerksam zu machen und uns durch Appelle an die Regierung zugunsten der Freiheit meines Mannes zu unterstützen.

Es wäre außerdem für uns wichtig, dass auf jedes Dokument mit dem die Freiheit der 75 gefordert wird, zum Beispiel der Satz hinzugefügt wird "... und andere Gefangene wie Francisco Chaviano González, der politische Gefangene, der als Folge seines Einsatzes zugunsten der Menschenrechte am längsten in Gefangenschaft ist".

Wie viele politische Gefangene gibt es in Kuba?

Unterschiedliche Definitionen über politische Gefangene in Kuba

Eine Reihe anerkannter kubanischer Menschenrechtsorganisationen veröffentlichten bis Juni dieses Jahres unterschiedliche Zahlen über die Zahl der in Haft sitzenden politischen Gefangenen in Kuba. Der Kubanischen Organisation der Menschenrechte und Nationale Versöhnung (CCDHRN) zufolge gibt es zurzeit mindestens 316 Personen, die sich aus politischen Gründen in Haft befinden.

Die Nationale Koordinierung Gefangener und ehemaliger politischer Gefangener (Coordinadora Nacional de Presos y Ex Presos Políticos - CNPP) zählt im 1. Halbjahr dagegen 347 Gefangene. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat aktuell 314 politische Gefangene registriert. Amnesty International (AI) erkennt nur 81 Gefangene in Kuba als Gewissensgefangene an.

Kubanische Gesetzgebung führt zu Verwirrung

Die unterschiedlichen Zahlen sind auf die im Vergleich zur internationalen Gesetzgebung ungewöhnlichen kubanischen Gesetze zurückzuführen. In Kuba kann jeder inhaftiert werden, wenn der Beschuldigte "Respektlosigkeit (desataco) gegenüber dem Máximo Líder" nachgewiesen wird, "beim Versuch das Land illegal zu verlassen", wegen "Gefährlichkeit" oder einfach nur, weil man im Besitz eines Fotokopier- oder Faxgerätes ist. Laut CCDHRN wurden im vergangenen Jahr 20 Dissidenten wegen Gefährlichkeit verhaftet.

Gewissensgefangene oder politische Gefangene?

Viele dieser laut AI 81 Gewissensgefangenen gehören zu der Gruppe der 75 Menschen die in März 2003 verhaftet wurden. Drei der 75 Gefangenen dürfen ihre Strafe aus gesundheitlichen Gründen außerhalb des Gefängnisses verbüßen, eine limitierte Freiheit, denn der Gefangene steht unter ständiger Beobachtung. Es waren der Dichter und Journalist Raúl Rivero, der Schriftsteller und unabhängige Journalist Manuel Vázquez Portal und der politische Aktivist Osvaldo Alfonso Valdés.

Alle drei haben es vorgezogen, das Land zu verlassen. Weitere elf sind ebenfalls bedingt frei; sie werden ständig beobachtet und bedroht, falls sie ihre oppositionelle Aktivitäten nicht einstellen erneut inhaftiert zu werden.

Es gibt keine Möglichkeit die genaue Zahl zu erfahren

Über die tatsächliche Zahl der Menschen, die aus politischen Gründen ihre Freiheit verloren haben, herrscht

Ungewissheit. Kuba ist wahrscheinlich das Land - relativ gesehen - mit den meisten politischen Gefangenen weltweit, ohne die Möglichkeit, dass die Zahlen durch unabhängige und anerkannte internationale Organisationen bestätigt werden können, da die kubanische Regierung verlässliche Informationen zurückhält. Die vorhandenen Daten stammen von Familienangehörigen und Freunden der Gefangenen, die Informationen über Gefangene, teils unter sehr hohem Risiko, zusammengestellt und weitergegeben haben.

Anhand der Berichte von der CCDHRN und der CNPP ist bekannt, dass die Lebensumstände in den kubanischen Gefängnissen sowohl für politische Gefangenen als für die gewöhnliche Kriminelle, menschenunwürdig sind, so die Qualität des Essens (fast alle Gefangenen verlieren viel Körpergewicht). Die hygienischen Bedingungen sind miserabel. Hinzu kommt der brutale Umgang des Wachpersonals.

Dissidenten als "Söldner der USA" geschmäht

Die kubanische Regierung weist jegliche Anschuldigungen zurück. Sie behauptet, dass die Menschenrechte auf der Insel eingehalten werden und beschuldigt die Dissidenten, die sie als Söldner im Dienste der USA bezeichnet. Die USA sind in ihren Augen der wirkliche Schuldige bezüglich des unmenschlichen Umgangs mit Gewissensgefangenen, die auf der US-Basis Guantánamo interniert sind.

Internet: Rückständiges Kuba

Havanna (idea) - Bei der Internet-Nutzung gehört Kuba zu den rückständigsten Ländern Lateinamerikas. Weniger als zwei Prozent der 11,4 Millionen Einwohner haben einen Internetzugang; 1,7 Prozent nutzen das Netz regelmäßig. Damit liegt die kommunistisch regierte Insel weit hinter dem Durchschnitt von fast 19 Prozent in Mittel- und Südamerika sowie der Karibik zurück.

Privat dürfen die Kubaner keine Computer ohne staatliche Zulassung betreiben. In Schulen und am Arbeitsplatz wird die Nutzung streng überwacht. In jüngster Zeit lässt das Regime jedoch in zunehmendem Maße staatlich kontrollierte Internet-Cafés besonders in der Hauptstadt Havanna zu, berichtet die Zeitung Los Angeles Times.

Offener Brief von Hilda Molina: LASST MEINE STERBENDE MUTTER AUSREISEN!

In der letzten Ausgabe des Cuba Report berichteten wir über die Bürgerrechtlerin Hilda Molina. Auf Bitte von Frau Dr. Molina, die auch Mitglied der IGFM ist, veröffentlichen wir den nachstehenden Hilferuf, der uns in Form eines Offenen Briefes erreicht hat. Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion des Cuba Reports:

“Als Folge der langen Knechtschaft durch die kubanische Regierung sowie die folgenreichen Konsequenzen für meine Familie, konnte ich immer mit der liebevollen und schützenden Begleitung meiner alten, herzlichen und zerbrechlichen Mutter rechnen. Ihr Gesundheitszustand schwankt in letzter Zeit sehr und muss nach den vielen durchlebten Traumata und insbesondere nach einem hohen Blutverlust infolge eines Sturzes im Bad am vergangenen 16. Mai, als ernst bezeichnet werden.

Seit diesem bedauerlichen Vorfall ist meine Mutter völlig auf meine Hilfe angewiesen. Schon seit längerem habe ich derartiges befürchtet, denn es ist schwierig für eine Frau in meinem Alter eine alte, zerbrechliche und invalide Frau alleine zu versorgen.

Der letzte Wunsch meiner Mutter ist, ihre ganze Familie noch einmal sehen zu können. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Regierung mir, seitdem ich im Jahr 1994 mit dem Kommunismus gebrochen habe, willkürlich verbietet ins Ausland zu reisen und obwohl wir uns bewusst sind, was eine Trennung für meine Mutter bedeuten würde, entschieden wir uns, dass zumindest sie sofort nach Argentinien reisen sollte, um meinen Sohn und seine Familie zu besuchen.

Keine angemessene medizinische Betreuung in Kuba

Sie kann dort die angemessene medizinische Betreuung erhalten, was sie in ihrem eigenen Land nicht bekommt. Im Monat Mai haben wir daher die Formalitäten in die Wege geleitet und seitdem unendlich viele Schritte unternommen. Dabei haben wir lediglich erreicht, dass der Pass meiner Mutter zurückgehalten wurde. Ich kann hieraus nur die Schlussfolgerung ziehen, dass es auch meiner Mutter verboten ist, ins Ausland zu reisen.



Dr. Hilda Molina mit ihrer 87-jährigen Mutter Hilda Morejón Serantes in ihrer Wohnung in Havanna.

Einige Daten über meine Mutter: Hilda Morejón Serantes ist 87 Jahre alt und sehr krank. Sie war immer eine treue Katholikin, niemals Anhängerin der kommunistischen Regierung, denn wie sie selbst zu sagen pflegt: "Ich kann eine Regierung, die Gott verneint, nicht unterstützen." Deshalb haben die Autoritäten dieses Landes keinen Grund, meiner Mutter diese Reise zu verbieten.

Meine Familie und ich verlangen nichts was Eigentum der kubanischen Regierung ist. Wir bitten nur um das, was tausende von Familien auf dieser leidenvollen Insel beinahe über fünf Dekaden schweigend erwarten: den Respekt für die legitimen, unkündbaren aber mit Füßen getretenen Familienrechte einfordern.

Es gibt keinen politischen, ideologischen oder irgendeinen anderen Grund, der es rechtfertigt, dass mächtige Menschen wehrlose Familien zerstören sowie unschuldige Kinder, Frauen und sterbende ältere Menschen foltern.



Dr. Hilda Molina in ihrer Wohnung in Havanna.

Der letzte Wille meiner Mutter

Mit dem Reiseverbot meiner Mutter nach Argentinien schändet die kubanische Regierung ihren letzten Willen. Sie verweigert somit die elementarsten Rechte eines Menschen, der kurz vor dem Tod steht. Sie hindert meine Mutter daran, eine angemessene ärztliche Betreuung zu erhalten, etwas, was Sie eiligst benötigt. Die Regierung verhindert, dass Sie ein würdevolles Ende im Kreise ihrer Familie bekommt.

Keine Barmherzigkeit gegenüber einer 87-jährigen Frau

Die fehlende Barmherzigkeit und der Wahnsinn, meine alte Mutter in Kuba festzuhalten, sind ein weiteres Kapitel der abstoßenden Geschichte der Verbrechen an den Familienrechten seitens einer Regierung, die sich durch ihre Macht als Herrscherin über Leben und Tod der Menschen dieses leidevolle Landes bestimmt hat.

Die verzweifelte Lage meiner Mutter ist in einem Video festgehalten, das vor kurzem gedreht wurde. Hierfür bitte ich Sie, mit meiner Familie unter folgender Emailadresse (veronicascarpati@fibertel.com.ar) Kontakt aufzunehmen.



Der kubanische Staat vermarktete den wissenschaftlichen Erfolg von Frau Molina. Außerdem wurde Dr. Molina auf Anweisung Fidel Castros zum Mitglied des kubanischen Scheinparlamentes gemacht. Das obestehende Bild ging um die Welt. Kuba warb damit für seine angeblich exzellente medizinische Versorgung der Bevölkerung. Die IGMF dokumentiert den Fall der Familie Molina als Beispiel für die Unmenschlichkeit des kubanischen Regimes.



Das Schicksal von Dr. Hilda Molina (hier mit Fidel Castro) spiegelt Licht und Schattenseiten im Leben einer kubanischen Ärztin, die sich ganz in den Dienst der Medizin gestellt hat. Sie wurde vom kubanischen Regime als Vorzeigewissenschaftlerin hofiert solange sie am Missbrauch der medizinischen Einrichtungen keine Kritik übte.

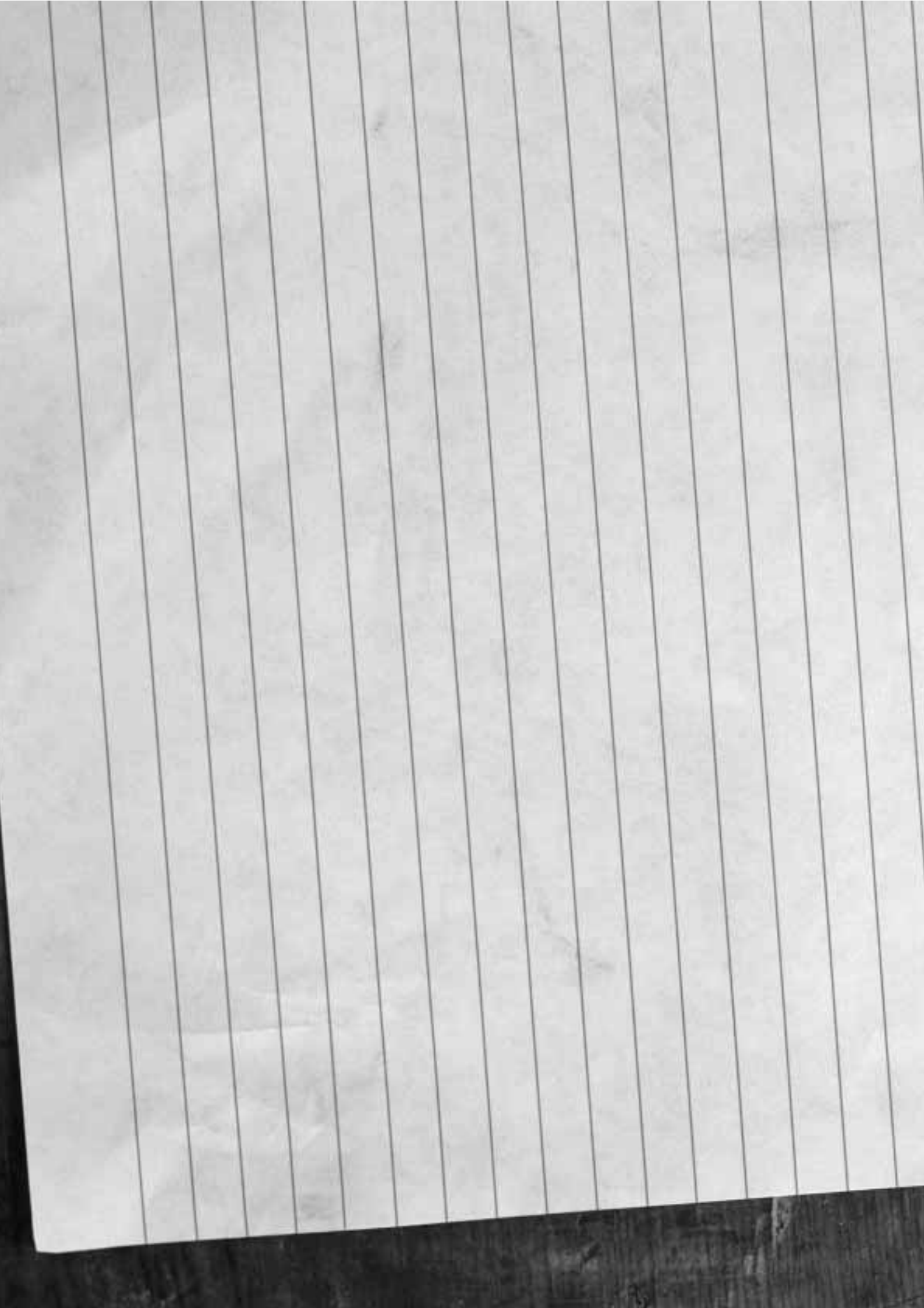
Bitte um weite Verbreitung dieses Briefes

Liebe Freunde, im Namen meiner sterbenden Mutter bitte ich Sie, die Informationen und den Inhalt dieses Briefes so breit wie möglich zu streuen, einem unumstößlichen Beispiel eines verheerenden Vorgangs der kubanischen kommunistischen Regierung gegen die Familie, eine Einrichtung, die weltweit als das ehrwürdigste und heiligste angesehen wird.

Ich bitte Sie ebenfalls sich dafür einzusetzen, dass zumindest meine Mutter nach Argentinien reisen darf, bevor es zu spät ist. Ich bin zur Zeit in meiner Mobilität begrenzt, weil meine Mutter ständig auf meine Hilfe angewiesen ist. Außerdem haben Kubaner in den Wohnungen keinen Internet Zugang.

Gott schütze Sie,

Dra. Hilda Molina





Normando Hernández Gonzales, 38 Jahre.
Einer von 34 inhaftierten Journalisten. Weitere Infos zur
Meinungsfreiheit auf Kuba unter www.igfm.de



"Die KUBA-Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung"

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sieht in der Förderung der Menschenrechte ein Kernanliegen ihrer weltweiten Arbeit. Das Engagement basiert hierbei auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, der Freiheit und der sozialen Marktwirtschaft - alles Themen, die bei den Aktivitäten der KAS zum Themenfeld Kuba eine entscheidende Rolle spielen.

Allerdings stellt Kuba in der internationalen Arbeit der KAS einen Sonderfall dar. Aufgrund der politischen Situation und der fehlenden Möglichkeiten, einen freien und kontroversen Dialog auf der Insel mit Regierung und Opposition zu führen, können Veranstaltungen die insbesondere auf die Lage der Menschenrechte und der Opposition aufmerksam machen, nur außerhalb Kubas geführt werden. Dazu leisten vor allem die Länderprogramme der Stiftung in Argentinien, Mexiko, Venezuela und das Regionalprogramm Politische Bildung und Beratung mit der Partnerorganisation ODCA (Organización Demócrata Cristiana de América), einem lateinamerikanischen Verband von christdemokratischen und Mitteparteien oder die kubanische Exilgewerkschaft STC (Solidaridad de los Trabajadores Cubanos) wichtige Beiträge. Uns erscheint es in dem Zusammenhang wichtig, dass Initiativen, die von den Kubanern zur Durchsetzung der Menschenrechte, Demokratie und Freiheit selbst ins Leben gerufen werden, unterstützt werden.

Daher ist es nach wie vor ein Hauptanliegen der KAS, weiterhin auf das Schicksal der politischen Gefangenen und der Oppositionsbewegungen auf Kuba aufmerksam zu machen. Wir vertreten die Meinung, dass ein Wechsel auf Kuba sich nur durch die Kubaner selber vollziehen kann. Wie sich die politische Lage in der nächsten Zeit entwickeln wird, kann im Moment keiner sagen. Auch wenn Castro die Zügel der Macht vorübergehend an seinen Bruder Raúl Castro abgegeben hat, und sich dadurch Kontinuität erhofft, ist eine Richtungsänderung - wie auch immer geartet - vorzuzusehen.

Von den Oppositionsbewegungen, die leider keine einheitliche Opposition gegen das Regime Castro bilden bzw. bilden können, unterstützt die KAS in erster Linie die Oppositionsbewegung Movimiento Cristiano de Liberación (MCL), welche von Oswaldo Payá (Sacharow-Preisträger 2002) ins Leben gerufen wurde. Das Besondere an dieser Bewegung ist, dass sie nicht nur alleine in Opposition zu dem Regime von Fidel Castro steht, sondern auch mit konstruktiven Vorschlägen für einen Regimewechsel aufwartet. Dies tat sie bereits 2002 mit einer Gesetzesinitiative, die unter dem Namen Varela-Projekt bekannt wurde. Ebenso wurde 2006 sowohl der kubanischen als auch der internationalen Öffentlichkeit das Programm "Todos Cubanos" vorgestellt. Zum Varela-Projekt gab die KAS eine Publikation in deutscher und spanischer Sprache heraus. Eine Zusammenfassung des Programms "Todos Cubanos" wurde von der KAS ins Deutsche

Das Buch des politischen Langzeitgefangenen Garcia Perez, genannt "Antunez" wurde von der CADAL und der KAS ermöglicht. Antunez ist seit dem Jahr 2000 Ehrenmitglied der IGMF.



und ins Englische übersetzt und als Broschüre veröffentlicht. Das Ziel war hierbei, ein möglichst großes Publikum von innerkubanischen Vorschlägen und Vorstellungen zu informieren.

Im Rahmen der Vorstellung der Programme fanden und finden in den verschiedenen Ländern Konferenzen u.a. zum Thema der Transition statt. So wurde eine große Konferenz mit internationaler Beteiligung im Sommer 2006 in Berlin veranstaltet.

Mit dem Projektpartner CADAL (Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina; www.cadal.org.ar) in Argentinien werden ebenfalls mehrere Projekte zum Thema "Menschenrechte auf Kuba" durchgeführt. Zahlreiche Bücher hierzu wurden von diesem Partner bereits veröffentlicht: z. B. Boitel Vive, verfasst von einem politischen Gefangenen, der seit 15 Jahren inhaftiert ist und von seinem Leben und der oft unmenschlichen Behandlung in den kubanischen Gefängnissen berichtet oder Otra grieta en la pared / Ein weiterer Riss in der Mauer mit Berichten von unabhängigen Journalisten.

Ebenfalls wurde von CADAL in Zusammenarbeit mit der tschechischen Menschenrechtsorganisation "People in Need" eine Fotoausstellung über die Familienangehörigen der politischen Gefangenen angefertigt, zu der die KAS einen Katalog publiziert hat, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass durch die Verhaftung der politischen Oppositionellen des Regimes aber auch von "normalen" Bürgern, die sich öffentlich gegen das Regime geäußert haben, nicht nur diese Personen direkt betroffen sind, sondern auch deren Familienangehörige.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung tritt nachdrücklich dafür ein, einerseits in Deutschland und Europa sowie in Lateinamerika über die Lage in Kuba zu informieren und andererseits die Bemühungen in Kuba für die Achtung der Menschenrechte und für eine friedliche demokratische Öffnung zu unterstützen. Alle Texte, die von der KAS und ihren Partnern zu Kuba und vor allem zur Oppositionsbewegung MCL herausgegeben wurden, stehen auf den Internetseiten der KAS http://www.kas.de/international/laender/lateinamerika/2334_webseite.html und ihrer Partner.

Anja Czymmeck, KAS Lateinamerika-Team, Berlin
Kerstin von Bremen, KAS Mexiko

Angst vor schnellem Wandel

Omar Martinez verdient monatlich elf Dollar als Seemann. Extraessen kommt auf den Tisch seiner Familie, weil er Maismehltaschen zubereitet, die seine Frau an den Haustüren verkauft. Aber während Martinez sich wünscht, mehr verdienen zu können und ein besseres Leben zu führen, erklärt er, er sei nicht für ein Abweichen Kubas vom kommunistischen System, weil er freie Bildung und Gesundheitspflege einer freien Marktwirtschaft vorzieht.

Nach Jahrzehnten der Propaganda, die das Schlechte am Kapitalismus detailliert darlegt und die Leistungen des Kommunismus unterstreicht, wissen viele Kubaner wie Martinez durchaus von den Engpässen ihres Systems und bleiben trotzdem vor dem Kapitalismus auf der Hut. Unter rauen Kontrollen, die offene Kritiker der Regierung bestrafen und eine freie Presse und oppositionelle politische Parteien verbieten, ist es schwer für die elf Millionen Bewohner der Insel ihre wahren Gefühle auszudrücken. Aber mit dem kränkelnden Fidel und einer Bush-Regierung, die Unterstützung anbietet für einen Wandel zur Demokratie und zu offenen Märkten, mögen solche Bedenken vielleicht bei der Erklärung helfen, weshalb die Insel wenigstens vorübergehend und zum ersten Mal seit 47 Jahren gelassen blieb.

Wunsch nach Wandel

"Viele Kubaner würden gerne einen Wandel sehen, aber sie wollen nicht notwendigerweise noch eine Revolution", sagt Philip Peters, Vizepräsident des Lexington-Instituts, einer Denkfabrik in Virginia. "Es gibt einen starken Wunsch nach Wandel, aber zur gleichen Zeit gibt es auch Angst, dass man vielleicht die Dinge, die man hat, verliert."

Ganz oben auf dieser Liste der Kubaner stehen freie Gesundheitspflege und Bildung, die auch Castro herausstreicht, weil sie der Insel die besten Statistiken in Lateinamerika verschaffen - obwohl beide erodierte, seit die Moskauer Fördermittel ausblieben. Kubaner zahlen auch keine Steuern, außer sie sind Teil der kleinen Minderheit, der gestattet ist, private Kleinunternehmen zu führen.

Selbständigkeit

Nach dem Fast-Zusammenbruch der Wirtschaft und dem Verlust der intensiven sowjetischen Fördermittel in den frühen 90ern, begann Kuba die so genannte "Selbständigkeit", wie die "Paladares" und Bauernmärkte, wo die Preise hauptsächlich durch Angebot und Nachfrage bestimmt waren, zu erlauben. Privat hergestellte Kleider und Gemälde werden nun auf einem Openair-Markt in Alt-Havanna verkauft. Aber die selbständigen Kubaner müssen auch bei schlechten Geschäftszeiten hohe und feste Steuern zahlen. Deshalb ist ihre Anzahl in den vergangenen 10 Jahren erheblich gesunken.

Mit den niedrigen Löhnen der Regierung lassen sich schätzungsweise nur ein Drittel der monatlichen Kosten einer Familie decken. Ein Mann namens César sagte, er verdiene monatlich zwölf Dollar mit seiner Arbeit in einem Nahrungsmittelgroßmarkt, der sich in Regierungsbesitz befindet. Auf die Frage, wie er überleben könne mit einem solch geringen Lohn lachte er und erwiderte: "Naja, in unserem Haushalt mangelt es uns nicht an Lebensmitteln."

Medienkontrollen

Kubas von der Regierung kontrollierte Medien haben diese Ängste bekräftigt, indem sie immer Berichte über die Armut in den USA und anderswo veröffentlichen. Die Jahre unermüdlicher Propaganda erklären vielleicht warum einige Kubaner unfähig scheinen, den offenen Markt nachzuvollziehen, geschweige denn ihre Probleme zu begreifen und den Nutzen einzuschätzen.

Kürzlich hat ein Chiropraktiker, namens Vicente, den Kapitalismus angegriffen. Er sagte: "Die Leute sind hungrig in den USA, und es gibt große Ungleichheit dort." Aber dann erwähnte er, er habe einen Bruder in New York, der 1980 eingewandert war und jetzt eine LKW-Transport-Firma besitzt. Der Bruder schickt Vicente monatlich 100 Dollar - und macht ihn damit zu einem Teil der geschätzten 30 Prozent der Inselbewohner, die Geldüberweisungen von Verwandten oder Freunden aus dem Ausland erhalten.

Wie also kann Vicente seine konstatierte Vorliebe für das kommunistische System vereinbaren mit seinem eigenen Nutzen daraus durch Zahlungen, die ihm sein kapitalistischer Bruder überweist? "Er bekommt sein Geld nicht vom Kapitalismus", sagt Vicente, "Er bekommt es, weil er hart dafür arbeitet." Die Propaganda der Regierung schürt die Angst, der Kapitalismus würde den Flüchtlingen im Exil ihre Häuser zurückgeben, die von der Regierung beschlagnahmt wurden und anderen Kubanern, die nun darin leben, zugeteilt wurden.

"Diese Kubaner sind in Panik, dass ihnen ihre Häuser weggenommen werden, wenn die Exilierten heimkehren", erklärt Carmelo Mesa-Lago, ein pensionierter Wirtschaftsprofessor von der Universität Pittsburgh. "Die Wohnbedingungen mögen schrecklich sein, aber diese Häuser sind alles, was sie haben."

Elementare Grundlagen auf Kuba

Aber viele Kubaner schätzen das einfache Leben, kennen ihre Nachbarn und die Nachbarn, die auf ihrer Haustreppe sitzen, können ein Auge auf ihre Kinder haben, die auf den Straßen ohne Autos spielen. Denn manchmal neigt man dazu, das zu schätzen, was man hat, weil man sich darauf verlassen kann.

Satement von Yolanda Huerga, Damen in Weiß

Mutige Frauen widerstehen der Diktatur

Zwischen dem 18. und 20. März 2003 begann in Kuba eine Verhaftungswelle, der 75 Oppositionelle zum Opfer fielen. Ihnen wurde vorgeworfen, mit den USA zu konspirieren, die Unabhängigkeit Kubas zu gefährden sowie die Prinzipien der Revolution zu verletzen.

Vom 3. bis zum 5. April 2003 fanden die Prozesse gegen die verhafteten Dissidenten statt. Nur den engsten Familienangehörigen wurde Zutritt gewährt. Ausländischen Journalisten, Diplomaten und Freunden der Dissidenten wurde der Zutritt verweigert. Alle 75 Dissidenten wurden zu Haftstrafen zwischen 13 und 28 Jahren verurteilt. In keinem einzigen Fall wurden die Anträge der Staatsanwälte reduziert.

Ihre Haft mußten sie in Gefängnissen antreten, die bis zu 900 km von ihren Wohnorten entfernt lagen, um den Angehörigen Besuchsreisen so weit wie möglich zu erschweren. Sie wurden verschärften Haftbedingungen unterworfen (Régimen de Máxima Seguridad). Besuche von Familienangehörigen sind nur alle drei Monate möglich. Folglich ist auch die Überreichung von Lebensmitteln und Hygieneartikeln nur alle drei Monate erlaubt.

Es wurde festgelegt, dass diese erschwerten Haftbedingungen bei guter Führung alle zwei Jahre erleichtert werden können. Dies bedeutet, daß sie sich den Umerziehungsmaßnahmen unterwerfen und ihren Überzeugungen abschwören mußten. Keiner der Gefangenen hat diese Bedingungen akzeptiert.

Dies waren besonders schwere Zeiten für die Dissidenten und ihre Angehörigen. Es herrschte mehr noch als zuvor ein Klima der Angst und der Unterdrückung, was dazu führte, daß Nachbarn den Kontakt zu den Verwandten der politischen Häftlinge scheuten aus Angst, selbst als Dissidenten verfolgt zu werden.

Friedlicher Protest für die Freiheit

Die Ehefrauen der Häftlinge kannten sich anfangs kaum. Aber ihr gemeinsames Schicksal - die Verhaftung und Verurteilung der Ehemänner - schweißte sie zusammen. Sie gingen in Gruppen auf die Straße, um sich gegenseitig Mut zu machen. Sie begannen regelmäßig gemeinsam die Messe in der Kirche Santa Rita in Havannas Stadtteil Miramar zu besuchen. Danach verließen sie - alle weiß gekleidet - die Kirche zu einem ruhigen Schweigemarsch auf der 5. Avenida. So entstanden die "Damen in Weiß" - mutige Frauen, deren einziges Ziel darin besteht, ihre zu Unrecht inhaftierten Ehemänner zu befreien und für die Meinungsfreiheit einzutreten.

Seitdem kämpfen die "Damen in Weiß" auf vielfältige Weise für ihre Anliegen: Sie richten Petitionen an das kubanische Parlament, fordern vom zuständigen Innenministerium Haft erleichterungen für ihre Ehemänner und schreiben an Fidel Castro. Au-



Yolanda Huerga, während ihrer Rede bei der IGMF Kuba Konferenz in Königstein/Ts. am 6. Mai 2006.

ßerdem wenden sie sich an ausländische Intellektuelle, Politiker, Kirchenvertreter, Journalisten und Diplomaten. Sie demonstrieren in den Straßen Havannas mit Plakaten, auf denen sie die Freilassung ihrer Männer fordern. An jedem 18. eines Monats treffen sie sich zu einem Informationsaustausch.

Wegen dieser Aktivitäten werden sie von der kubanischen Regierung verfolgt. Die Staatssicherheit wendet alle denkbaren Varianten der Einschüchterung an: Direkte Bedrohung, Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit, Hausarrest bei Androhung von Verhaftung, Androhung von Mißhandlungen ihrer Ehemänner, Demonstrationen regimetreuer "Revolutionsverteidiger" vor ihren Häusern, Androhung der Verfolgung ihrer Kinder und sonstiger Verwandter. Ihren inhaftierten Ehemännern wird "zur Strafe" die medizinische Versorgung verweigert. Schwerkriminelle Mitgefangene werden gegen die politischen Gefangenen aufgehetzt und bedrohen diese. Besuchsreisen zu den Häftlingen werden bisweilen willkürlich unterbunden. Auslandsreisen sind ohnehin verboten. Ihre Telefongespräche werden abgehört.

Mittlerweile haben sich die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand der während des sogenannten "Schwarzen Frühlings" 2003 Verhafteten extrem verschlechtert. Sie vegetieren in Zellen, die entweder gar keine Beleuchtung haben oder in denen das Licht ständig brennt. Sie sind umgeben von Ratten und jeder Art von Ungeziefer, vor denen sie ihre wenigen Lebensmittel nicht schützen können.

Sie schlafen auf dünnen und schmutzigen Matten auf dem Boden. Trinkwasser gibt es bisweilen nur ein bis zwei Stunden in der Woche. Die medizinische Betreuung ist unzureichend. Es gibt keine Zeitungen. Nur im Ausnahmefall und nach gründlicher Zensur dürfen ihnen Bücher überbracht werden. Manchmal werden sogar religiöse Bücher konfisziert.

EU-Parlamentsvize McMillan Scott traf in Havanna "Damen in Weiß"

Damen in Weiß übermitteln Nachricht an das Europäische Parlament

Der britische Abgeordnete Edward McMillan Scott, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hat sich anlässlich seiner privaten Reise nach Havanna am 29. Oktober mit Mitgliedern der Damen in Weiß getroffen. Dabei wurde ihm von Mitgliedern der "Damen in Weiß" eine Botschaft übergeben, die wir nachfolgend dokumentieren:

"Wir Frauen sind dem Europäischen Parlament dankbar den Scharov Preis 2005 erhalten zu haben und die Wichtigkeit, dass eine Delegation der Damen in Weiß nach Strassburg reist, um den Preis abzuholen, wurde hervorgehoben. Es ist daher wichtig, dass die kubanische Regierung die entsprechende Aus- und Einreisegenehmigung erteilt.

Herrn McMillan Scott wurde über die schrecklichen Bedingungen, der unsere Gewissensgefangenen in der Gefangenschaft ausgesetzt sind, informiert sowie über die unzureichende medizinische Versorgung und somit eine fortschreitende Verschlechterung des Gesundheitszustandes. Es ist daher von absoluter Notwendigkeit, dass die Gefangenen sofort frei und bedingungslos Frei kommen, und wenn dies nicht durchgesetzt wird, zumindest die Einhaltung der UNO Normen und den vom Internationalen Roten Kreuz seitens der kubanische Autoritäten bezüglich der Behandlung von Gefangenen.

Es wurde ebenfalls von den zwölf Gefangenen berichtet die aus Gesundheitsgründen ihre Strafe zur Zeit in ihrem Domizil absitzen dürfen, aber diese Sondergenehmigung kann zu jeder Zeit rückgängig gemacht und die Gefangenen wieder ins Gefängnis eingeliefert werden. Die hohe Moral und friedvolle Überzeugung aller Gefangenen wurde hervorgehoben.

Wir "Damen in Weiß" haben uns daher entschieden, weiterhin friedlich für unsere unrechtmäßig eingesperrten gefangenen



Edward McMillan Scott, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Männer bis zu deren bedingungsloser Freiheit zu kämpfen.

Wir Damen in Weiß fühlen uns durch die Solidarität, die wir durch den sehr menschlichen Besuch von Herrn McMillan Scott erhalten haben, sehr motiviert und danken sehr dafür.

DAMEN IN WEIß.
Havanna, 9. November 2006"

Lesen Sie hierzu bitte auch den Artikel auf Seite 12 (*Die Redaktion*). Die "Damen in Weiß" haben folgende internationale Auszeichnungen erhalten:

Menschenrechtspreis "Pedro Luis Boytel" 2004
Menschenrechtspreis der Stiftung Kuba-Amerika 2005
Scharow-Preis des Europäischen Parlaments 2005
Menschenrechtspreis von Human Rights First 2006

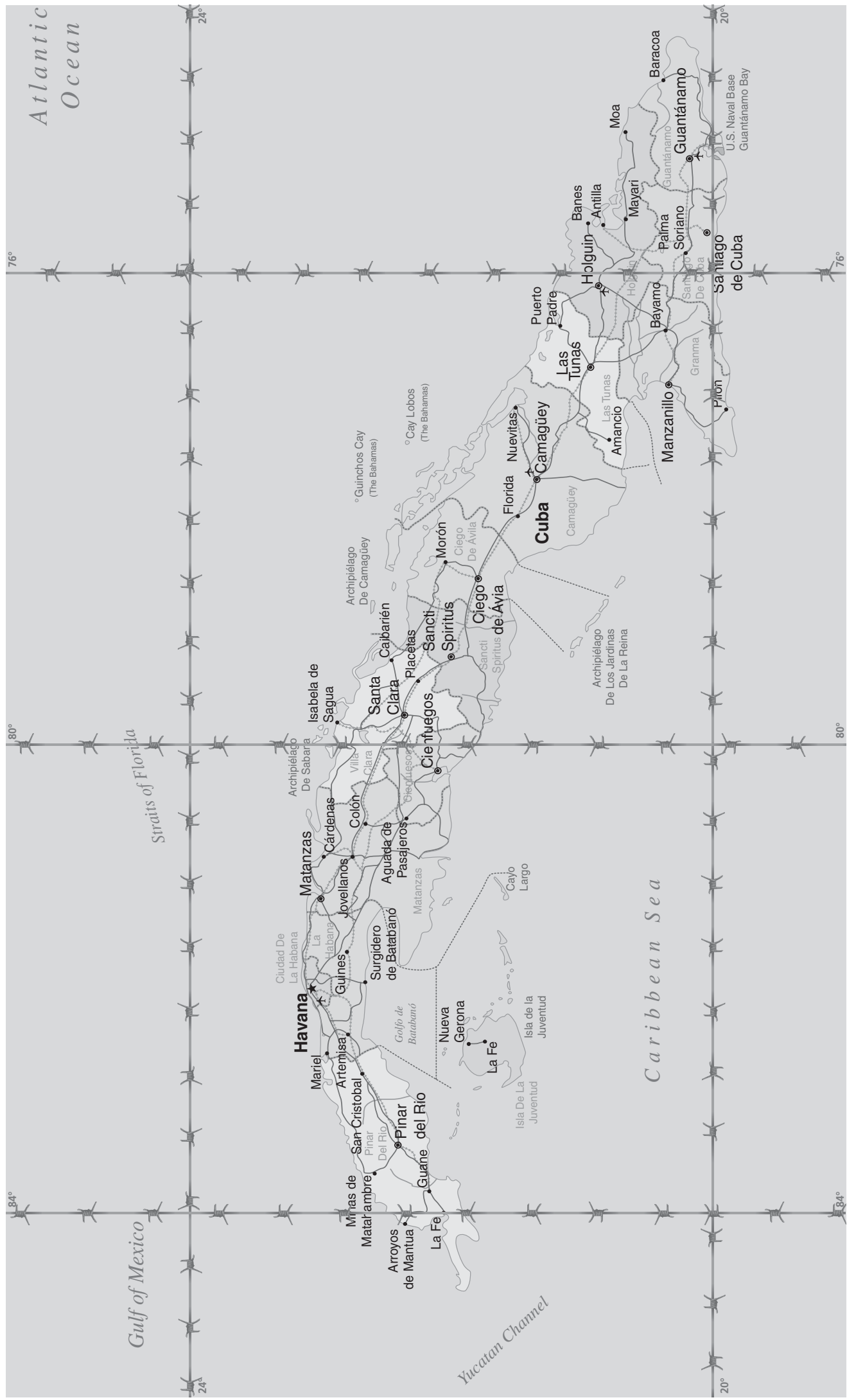
Unabhängige Bibliothekare: Gegen die Zensur

Am 20. Oktober wurde in der Unabhängigen Bibliothek Elena Maderos in Pinar del Río eine Feier zum Kongress der Bibliothekare organisiert, an der diverse Mitglieder der "Bürger Gesellschaft", der "Unabhängigen Bibliotheken" und der "Aktivisten pro Demokratie" teilgenommen haben.

Der Leiter der "Unabhängigen Bibliothek", Olga Digna Fernández in Pinar del Río, gibt bekannt, dass er am 5. Oktober von der Polizei informiert wurde, dass Agenten seine Bibliothek überwachen und die Personen die normalerweise die Bibliothek nicht aufsu-

chen, dem Komitee der Verteidigung der Revolution bekanntgeben werden, die diese der Staatssicherheit mitteilt.

Am 22. Oktober fanden in der Unabhängigen Bibliothek El Apóstol in Camagüey erste Aktivitäten statt. Hier wurde über die Wichtigkeit aus nicht zensierten Büchern zu lesen sowie über die Wichtigkeit des Projektes "Ich kooperiere nicht mit der Diktatur" informiert. Mitglieder unterschiedlicher Organisationen der Opposition, der Unabhängigen Bibliothekare und Menschen aus der Bevölkerung nahmen hier teil.



Kubas Regierung hält ihre Bürger mit Gewalt im eigenen Land fest.
 Kämpfen Sie mit uns für die Menschenrechte auf Kuba. www.igfm.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
 Borsigallee 9
 D-60388 Frankfurt a.M.



Tel: 069-420 108 0
 Fax: 069-420 108 33
 email: info@igfm.de
 internet: www.igfm.de

Redaktion:

Martin Lessenthin (Leitung)

Manuel Paulus, Aida Durut, Annette Förster, Rolf Beller, Lydia Schöppner.

Layout und Satz:

Ulrike Lessenthin

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfassernamen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Links für Kubainteressierte:

- www.cubacenter.org Website des Center for a Free Cuba in englischer Sprache.
- www.cubanet.org tagesaktuelle Nachrichten aus Kuba.
- www.marporcuba.org Homepage von Mothers and Women Against Repression (M.A.R.), spanisch.
- www.puenteinfo.cubamiami.org Nachrichtendienst für kubanische Dissidenten.
- www.netforcuba.org Website mit dissidenten Nachrichten über Kuba.
- www.directorio.org Website des Demokratischen Direktoriums kubanischer Demokraten.

Weitere Informationen

- Ja, ich möchte die IGFM näher kennenlernen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zu.
- Bitte schicken Sie mir regelmäßig den kostenlosen Informations-Brief "für Menschenrechte".
- Ja, ich möchte die Zeitschrift "menschenrechte" abonnieren, für 13,30 Euro pro Jahr oder im Förderabonnement für Euro _____ Die erste Ausgabe erhalte ich kostenlos zur Probe. Ich kann das Abonnement jederzeit kündigen.
- Ich möchte die Arbeit der IGFM finanziell unterstützen.

Ich möchte Mitglied werden als:

- Einzelmitglied (50 Euro/ Jahr; ermäßigt für Schüler, Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildene: 20 Euro/ Jahr, kostenlos bis 18 Jahre)
- Familienmitglied (75 Euro/ Jahr) mit Personen
- förderndes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 60 Euro oder _____ Euro

Mit der Satzung und den Zielen der IGFM bin ich einverstanden und beantrage hiermit die Aufnahme. Zugleich erkläre ich, dass ich die freiheitliche Grundordnung anerkenne und keiner extremistischen Vereinigung angehöre.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/ Ort: _____

Tel: _____ Fax: _____

Email: _____

Beruf: _____ Geburtsdatum: _____

Unterschrift: _____

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V Borsigallee 9 60388 Frankfurt/ Main meine Jahresspende in Höhe von _____ Euro durch Lastschrift

Girokontos Nr: _____
 bei _____
 BLZ _____.

Die erste Abbuchung soll ab _____ erfolgen.
 Diese Ermächtigung kann von mir jederzeit widerrufen werden.

Bitte füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn in einem Briefumschlag oder per Fax an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main oder per Fax an: 069 / 420108-33

Prensa Reprimida

FLAVY PRODUCTS
GARANTIZADO
POR LA
DICTADURA
DE CUBA

LOS VALLEJATADOS



Gegen Menschenrechtsverletzungen in Kuba: der IGFM Medienpreis 2006.

Zum zweiten Mal schreibt die IGFM den mit 5000 € dotierten Medienpreis Menschenrechte aus. Journalisten, Autoren, Verlage und Agenturen, die über Menschenrechte berichten, sind eingeladen, ihre Arbeiten einzureichen. Einsendeschluss ist der 2. März 2007. Mehr Informationen unter www.menschenrechte.de

25 Zigarren
242,90 €

